



Anja Butschkau Mdl

Wahlkreis: Dortmund-Hombruch, Hörde, Lütgendortmund
Wahlkreisbüro Dortmund
Brüderweg 10-12
44135 Dortmund
www.anja-butschkau.de

Fon: 0231 – 58 56 18
Fax: 0231 – 58 56 28
anja@anja-butschkau.de

NEWSLETTER MAI 2019

Liebe Dortmunderinnen und Dortmunder,
liebe Genossinnen und Genossen,

Wohnen ist ein Grundrecht. Aber leider wird dies in weiten Teilen unseres Landes immer mehr zu einem Problem. Nämlich dann, wenn bezahlbarer Wohnraum Mangelware ist. Dann wird der Umzug zum Luxus und für einige sogar zur Bedrohung der Existenz. In Dortmund sind die Durchschnittsmieten in den letzten fünf Jahren um fast ein Viertel gestiegen. In Städten wie Düsseldorf, Köln oder Bonn ist die Lage noch dramatischer. Die Folge ist im Extremfall Wohnungslosigkeit.

Das Thema Wohnen beschäftigt die SPD-Landtagsfraktion im Grunde von Anfang an. Im Rahmen einer Themenwoche haben wir das Thema intensiv behandelt. Mit Anträgen und Debatten im Landtagsplenum, Veranstaltungen, Pressemitteilungen, Besuchen, Aktionen und Botschaften in den sozialen Medien. Wenn die Landesregierung sich dem Problem nicht endlich bewusst wird und etwas gegen den Mangel an bezahlbaren Wohnungen tut, dann werden wir bald vor ernsthaften sozialen Problemen stehen. In den Osterferien war ich wieder in Dortmund unterwegs. Meine Ostertour führte mich dieses Mal zu Praktika in Kita und Seniorenzentrum, um den Arbeitsalltag in den sozialen Berufen hautnah mitzuerleben. Bei einem Besuch im Hüttenhospital habe ich mich außerdem über die Modernisierung des Hauses informiert.

Ein weiterer, mir sehr wichtiger Besuch galt der Westfalenhütte. Einst Zentrum der Montanindustrie im östlichen Ruhrgebiet, sind heute nur noch die Walzwerke und Beschichtungsanlagen vor Ort. Sie produzieren hochwertigste Bleche für die Automobilindustrie. Auch wenn die großen Zeiten vorbei sind, arbeiten hier immer noch 1.300 Menschen und bilden das industrielle Herz unserer Stadt. Ihre Arbeitsbedingungen wollte ich kennenlernen - auf Augenhöhe.

Ich wünsche Ihnen/Euch eine interessante Lektüre.

Ihre/Eure



Wohnen ist ein Menschenrecht

Wir wollen Wohnen bezahlbar machen. Denn das Recht auf Wohnen ist fester Bestandteil der internationalen Menschenrechte. So heißt es in Artikel 25 der Allgemeinen Erklärung für Menschenrechte: „Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen...“.

In Nordrhein-Westfalen ist die Schere zwischen Anspruch und Wirklichkeit in den vergangenen Jahren jedoch weit auseinandergegangen. Der Bestand an bezahlbarem Wohnraum sinkt stetig.

Und das hat Gründe, wie die massenhafte Privatisierung von bundeseigenen, landeseigenen (Verkauf der LEG 2008 mit 90.000 WE) und städtischen Wohnungen seit den 1980er Jahren, der massenhafte Verkauf von Werkwohnungen seit den 1980er Jahren, der Übernahme von Wohnungsbeständen durch renditeorientierte Investmentfonds, die Fehlbelegung öffentlichen Wohnraums und zu wenig öffentlich geförderten Wohnungsneubaus.

Daher haben wir mit der SPD-Landtagsfraktion das Thema Wohnen im Rahmen einer Themenwoche aufgegriffen, um auf diese Missstände aufmerksam zu machen. Dazu haben wir eine Reihe von Anträgen in das Plenum des Landtags eingebracht, haben im Vorfeld eine Reihe von Veranstaltungen durchgeführt, z.B. am 8. April im Dortmunder Rathaus und haben alle Kanäle der Öffentlichkeitsarbeit genutzt.



Unsere konkreten Forderungen an die Landesregierung sind klar. Wir brauchen:

- eine Ausweitung des Fördervolumens der sozialen Wohnraumförderung,
- eine Erhöhung des Anteils der NRW.BANK-Mittel an der sozialen Wohnraumförderung, mit Konzentration auf den mietpreisgebundenen Wohnungsbau,
- die Neufassung der Förderkonditionen für den sozialen Mietwohnungsbau, u.a. mit einer Flexibilisierung, was Förderbudgets der Städte und Geschossanzahl angeht. Hochhausbau darf angesichts des enormen Wohnraum- und Flächenmangels in den „Hotspots“ kein Tabu mehr sein.
- die Schaffung von Anreizen zur Förderung einer sozialen Baulandpolitik der Kommunen,
- die Sicherung und den Ausbau der Tilgungsnachlässe auch durch originäre Landesmittel und komplette Zweckbindung der im Koalitionsvertrag in Berlin angekündigten Wohnungsbaufördermittel des Bundes,
- die Eigentumsförderung auf der „grünen Wiese“ nicht mehr aus Mitteln der sozialen Wohnraumförderung oder der NRW.BANK, sondern aus originären Landesmitteln (Haushalt),
- die verstärkte Förderung von Wohnungsgenossenschaften bzw. deren Gründung,
- die Förderung der Gründung von kommunalen Wohnungsbauunternehmen,
- die Neugründung einer landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft, um wieder ein landeseigenes Instrument zur Förderung des mietpreisgebundenen Wohnungsbaus zu schaffen. Eine neu konzipierte Landeswohnungsbaugesellschaft (LWG) würde vor allem den Kommunen Hilfestellung leisten können, die nicht (mehr) über eine eigene kommunale Wohnungsgesellschaft verfügen oder kleinen Wohnungsgesellschaften, die aus eigener Kraft nicht aktiv werden können. Die gegenwärtige Kritik an einer LWG ist nicht sachgerecht und geht an deren Konzeption vorbei.
- den Erhalt und Fortentwicklung des landesrechtlichen Mieterschutzes: Die SPD steht an der Seite der mehr als 10 Millionen Menschen, die in NRW in Mietwohnungen leben. Bezahlbares Wohnen heißt auch wirkungsvoller Mieterschutz. Dazu sind die landesrechtlichen Regelungen unverzichtbar. Sie gehören nicht abgeschafft, sondern bedarfsgerecht fortentwickelt!
- Ein starkes Bündnis für eine soziale Wohnungspolitik in NRW: Deshalb unterstützen wir das Bündnis „Wir wollen wohnen“ von Deutschem Mieterbund, DGB und Sozialverbänden.

Weitere Informationen auf den Seiten der SPD-Fraktion: bit.ly/2UUbZzL

Wir wollen wohnen - Bezahlbare Wohnungen sind auch in Dortmund immer öfter Mangelware

Bezahlbare Wohnungen werden auch in Dortmund immer mehr zur Mangelware. In den letzten fünf Jahren sind hier die Durchschnittsmieten um fast ein Viertel gestiegen. Gerade für Menschen mit einem geringen Einkommen sind Wohnungswechsel, Modernisierungen und Mieterhöhungen zu einer Gefahr der Existenz geworden.

Die SPD-Landtagsfraktion unterstützt das Bündnis „Wir wollen wohnen“, das Gewerkschaften, Mieter-, Wohlfahrts- und Sozialverbände landesweit ins Leben gerufen haben. Mit einer Online-Petition und vielen Aktionen in ganz NRW macht sich das Bündnis für bezahlbares Wohnen und einen besseren Mieterschutz stark. In Dortmund veranstaltete das Netzwerk „arm in Arm“ einen Aktionstag vor der Reinoldikirche, den ich mit meinem Abgeordnetenkollegen Armin Jahl und der Ratsvertreterin Inge Albrecht-Winterhoff am 1. April unterstützt habe.

Link zur Online-Petition „Wir wollen wohnen“: weact.campact.de/petitions/wir-wollen-wohnen



Wohnungslosigkeit von Frauen wächst weiter

Bereits im März haben wir zum wiederholten Mal auch über Wohnungslosigkeit von Frauen debattiert - ein Themenbereich, der mich als frauenpolitische Sprecherin sehr beschäftigt. Die Wohnungslosigkeit von Frauen ist einer Studie der Diakonie zufolge in NRW nochmal dramatisch gestiegen, auf zuletzt 10.000 Frauen. Meist sind es soziale, finanzielle oder gesundheitliche Gründe, die zur Wohnungslosigkeit führen. Konnten bislang die Betroffenen mit Hilfe der Beratungsstellen, Kommunen und Wohlfahrtsverbänden relativ schnell in eigenen Wohnraum vermittelt werden, wird dies zur Zeit immer schwieriger. Leider sind zudem die Mehrheit der Hilfsangebote für Wohnungslose auf Männer ausgerichtet. Daher braucht es eine Anpassung der Hilfsangebote zum einen, und vor allem die Schaffung bezahlbaren Wohnraums zum anderen.

Meine Rede im Landtag am 21.03.2019: youtu.be/txjev3FD00I

Wir machen uns auf den Weg zu einem Paritätsgesetz für NRW

Seit mittlerweile 100 Jahren dürfen Frauen in Deutschland wählen und gewählt werden. Und dennoch sind sie in den Parlamenten weiterhin deutlich unterrepräsentiert. Während es in vielen europäischen Ländern wie Frankreich, Spanien oder Portugal bereits seit vielen Jahren Paritätsgesetze gibt, die ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis in den Parlamenten befördern sollen, startete diese Diskussion in Deutschland erst vor Kurzem, als in Brandenburg ein solches Gesetz verabschiedet wurde. Auch in Bayern gab es eine sehr hitzige Debatte zu dem Thema. Im Bundestag vernetzen sich weibliche Abgeordnete aller demokratischer Fraktionen, um hier die Debatte über ein Paritätsgesetz auf Bundesebene zu führen.



Im Landtag NRW haben wir als SPD-Fraktion mit den Grünen ebenfalls einen Prozess hin zu einem Paritätsgesetz gestartet. Wir wollen mit Expert*innen, wie der ehemaligen Richterin am Bundesverfassungsgericht Dr. Christine Hohmann-Dennhardt diskutieren, inwieweit per Gesetz festgelegt werden kann, dass die Wahllisten aller Parteien, die an der Landtagswahl teilnehmen wollen, durch alternierende Listung paritätisch besetzt werden können. Durch die vorgeschlagene Regelung wird keine Person von der Möglichkeit ausgeschlossen, für ein Landtagsmandat auf einer Landesliste zu kandidieren. Lediglich die Option auf jedem Listenplatz zu kandidieren, wird durch die Pflicht zur geschlechterquotierten Listenaufstellung eingeschränkt. Am 22. März haben Josefine Paul von den Grünen und ich im Rahmen einer Pressekonferenz unsere Pläne vorgestellt. Bis zum Jahresende wollen wir einen Gesetzentwurf erarbeiten, der verfassungskonform ist.

Mein Video-Statement: bit.ly/2PGKTLc

Girls' Day gab Einblicke in die Arbeit einer Abgeordneten

Die SPD-Landtagsfraktion bot im Rahmen des Girls' Days interessierten Schülerinnen wieder einen Einblick in die Arbeit und die Karrierewege von weiblichen Abgeordneten. In diesem Jahr nahmen Amina Aletic und Saskia Mitowski auf meine und Nadja Lüders Einladung teil. Der Girls' Day dient der Berufsorientierung und bietet Mädchen und jungen Frauen die Möglichkeit, einen Einblick in Berufe zu bekommen, in denen überwiegend Männer arbeiten.



Wir sind erst am Ziel, wenn der Equal Pay Day auf den 1. Januar fällt

Im Durchschnitt erhalten Frauen 21 Prozent weniger Lohn als Männer. Das sind umgerechnet 77 Tage, an denen Frauen umsonst arbeiten. Das finde ich ungerecht und deshalb habe ich auch in diesem Jahr wieder viele Aktionen rund um den Equal Pay Day unterstützt, um auf diesen Misstand hinzuweisen.

Frauen arbeiten weitaus häufiger als Männer in Teilzeit, sie erziehen die Kinder, pflegen die Eltern und haben geringere Chancen, im Job aufzusteigen. Je höher die Gehaltsstufe ist, desto geringer ist der Frauenanteil.

Selbst unsere europäischen Nachbarn sind weiter. In Island gibt es zum Beispiel ein Gesetz, das auch private Unternehmen zur Entgeltfreiheit verpflichtet. Europaweit beträgt der Equal Pay Gap nur 16 Prozent. Das ist immer noch zu hoch, aber deutlich niedriger als in Deutschland.

Wer heute wenig verdient, bekommt morgen auch eine geringere Rente. Vor allem Frauen, die ihr Leben lang in Teilzeit arbeiten mussten, droht Altersarmut.



Sowohl das deutsche Grundgesetz als auch die Charta der Grundrechte der Europäischen Union schreiben die Gleichheit von Frauen und Männern vor. Die Realität sieht in Deutschland aber anders aus! Daher brauchen wir einen Mentalitätswechsel – jetzt!

Mit einem Antrag haben wir im März daher die Landesregierung im Landtag aufgefordert, eine Bundesratsinitiative zu starten, um das Schließen der Lohn- und Rentenlücke von Frauen durch die Vereinbarung verbindlicher Ziele auf EU-Ebene und durch ein EU-weites Lohngerechtigkeitsgesetz zu erreichen. Nordrhein-Westfalen hat im Bund

den Vorsitz der Europaministerkonferenz. Hier muss sich die Landesregierung für das Thema einsetzen und ihren Einfluss geltend machen.

In Dortmund nahm ich am Equal Pay Day an der Demonstration des Dortmunder Aktionsbündnis teil. In den Tage davor war ich in Benninghofen, Hombruch und Lütgendortmund unterwegs, um die Frauen und vor allem die Männer auf diese Ungerechtigkeit aufmerksam zu machen. Traditionell verteile ich bei dieser Aktion Kakteen, um deutlich zu machen, dass wir Frauen unsere Rechte nur dann durchsetzen werden, wenn wir „stachelig“ sind.

Meine Videobotschaft zum Equal Pay Day: youtu.be/XGP3kwXMK60

Meine Rede im Landtag am 20.03.2019: youtu.be/QOtWGpCrUWE

SPD-Antrag „In ganz Europa: Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“: bit.ly/2H3ykY1



SPD unterstützt Paketzusteller*innen

Prekäre Arbeitsverhältnisse mit fast schon schwarzmarktähnlichen Verhältnissen - das ist die Realität vieler Paketzusteller*innen in Deutschland. Daher hat das Land Niedersachsen eine Bundesratsinitiative gestartet, um die Missstände in der Zustellbranche einzudämmen. Eine gesetzliche Regelung soll helfen, die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten von Zustellfirmen zu verbessern und ihre Rechte zu stärken. Die Bundesregierung aufgefordert, die Nachunternehmerhaftung in der Branche einzuführen. Zur Stärkung der Arbeitnehmer*innenrechte sind dabei insbesondere die Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge zu sichern und die Dokumentationspflichten zur Erfassung der täglichen Arbeitszeit zu erweitern.

Nordrhein-Westfalen ist mit 18 Millionen Einwohner*innen das Bundesland mit der höchsten Kunden- und Paketzustellerdichte. Wir haben daher in der letzten Plenarwoche im Landtag, die Landesregierung aufgefordert, die Bundesratsinitiative zu unterstützen. Die Ausbeutung in diesem Bereich muss ein Ende haben.



ZWAR demonstrierte vor dem Landtag

ZWARler in ganz NRW kämpfen weiter für den Erhalt ihres Projektes. Am 10. April kamen ein paar Hundert von ihnen nach Düsseldorf, um vor dem Landtag für den Erhalt der Landesförderung zu demonstrieren. Selbstverständlich nahmen viele Abgeordnete der SPD-Landtagsfraktion an der Demonstration teil.



Dortmunder Bündnis setzt sich für bessere Bedingungen in der Pflege ein

Eine zeitnahe, bedarfsgerechte, kompetente und würdevolle Behandlung von Menschen mit Krankheit, Behinderung oder Pflegebedarf ist das Ziel, das sich das neue Dortmunder Bündnis für mehr Personal im Gesundheitswesen gesetzt hat. Dieses hat sich vor kurzem gegründet und ich möchte es in seiner Arbeit für bessere Bedingungen in der Pflege unterstützen. Das Bündnis fordert bessere Bedingungen sowohl für die Kolleg*innen in der Pflege, die zu Pflegenden selbst und die pflegenden Angehörigen. Zudem fordert das Bündnis die Umstellung der Pflegeversicherung vom Teilkasko- zum Vollversicherungsprinzip. Es darf nicht sein, dass gute Pflege vom Geldbeutel der Betroffenen und deren Angehörigen abhängt.



Ziele des Dortmunder Bündnisses für mehr Personal im Gesundheitswesen: bit.ly/2VdYCzd

Ostertour startete mit Praktikum im Seniorenzentrum

Bereits während meiner Herbsttour im vergangenen Jahr war mir klar, dass ich diese Aktion wiederholen werde. Und da in den Osterferien im Landtag keine Sitzungen stattfinden, nahm ich mir in den zwei Wochen Zeit für Praktika und den Besuch von Betrieben.

Mein erstes Praktikum führte mich ins Minna-Sattler-Seniorenzentrum der AWO Westliches Westfalen. Zu diesem habe ich eine besondere Bindung, da die Einrichtung in meiner Nachbarschaft liegt und weil ich viele Kolleg*innen aus meiner Zeit bei der AWO Dortmund kenne und schätze.

Nach der Frühbesprechung der Pflegekräfte half ich bei der Körperpflege der Bewohner*innen. Im Anschluss informierte ich mich im Quartiersbüro über das Miteinander der Menschen des



Seniorenzentrums und des Stadtteils Brünninghausen, denn die soziale Teilhabe ihrer Bewohner*innen ist der Einrichtung sehr wichtig. Schließlich beteiligte ich mich am Betreuungsprogramm der Senior*innen.

Mein Fazit: Die Pflegekräfte hier leisten eine hervorragende Arbeit und gehen trotz des Zeitdrucks und der körperlichen Belastung sehr herzlich mit den Bewohner*innen um. Das schätze ich sehr wert. Und es war auch eine äußerst positive Erfahrung für mich. Ich weiß, dass das nicht überall so ist.

Für mich ist klar, dass wir optimale Rahmenbedingungen für eine gute und verlässliche Pflege brauchen. Eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür sind attraktive Arbeitsbedingungen. Pflegekräfte verdienen mehr gesellschaftliche Anerkennung und vor allem eine bessere und faire Bezahlung. Es müssen aber auch deutlich mehr Stellen in der Altenpflege geschaffen werden, damit die Pflegekräfte entlastet werden.

Der Job der Erzieher*innen wird immer anspruchsvoller

Bei meinem zweiten Praktikum im Rahmen meiner Ostertour ging es für mich in die Kita Nortkirchenstraße der AWO Dortmund in Hörde. Es war interessant zu erfahren, wie sich Kitas immer mehr von einer Betreuungseinrichtung zu einer Bildungseinrichtung auf einem hohen pädagogischen Niveau weiterentwickeln. Damit wird auch die Arbeit von Erzieher*innen anspruchsvoller. Daher müssen sich auch Arbeitsbedingungen und Entlohnung an die neuen Anforderungen an die Kita und deren Personal anpassen.

In der Kita an der Nortkirchenstraße wird richtig gute Arbeit geleistet und ich hatte das Gefühl, dass die Kinder dort gerne hingehen. Ein multiprofessionelles Team aus männlichen und weiblichen Erzieher*innen mit unterschiedlichen pädagogischen



Schwerpunkten betreut hier die Kinder. Man ist auf dem Weg zum Familienzentrum, das Eltern und Kindern zudem ein umfangreiches Beratungsangebot bietet. Die Kita ist außerdem eine vom Bund geförderte „Sprach-Kita“, da gerade die Sprachbildung einen wichtigen Stellenwert in der Arbeit mit Kindern genießt und die unterschiedlichen Sprachen der Kinder und Familien als Bereicherung erlebt werden. Neben der Sprachbildung setzt die Kita weitere Schwerpunkte: Auszüge aus der tiergestützten Arbeit, Bewegungserziehung, Entspannung und gesunde, bewusste Ernährung.

Stahlindustrie ist wichtiger Arbeitgeber in Dortmund

In der zweiten Ferienwoche führte mich meine Ostertour in das Werk von thyssenkrupp Steel auf der Westfalenhütte. Bei einem Rundgang durch das Werk, vorbei an Kaltbandwalzwerk, Contiglühe, Feuerbeschichtungs- und Elektrolytbeschichtungsanlage erklärten mir die beiden Betriebsräte Wolfgang Wagner und Jörg Lamprecht sehr ausführlich die Produktionsverfahren und die Arbeitsbedingungen vor Ort. Am Standort Westfalenhütte produzieren die rund 1.300 Kolleg*innen hochwertige Stahlbleche für die Automobilindustrie in höchster Qualität. Dahinter steckt ein enormes Know-How der Mitarbeiter*innen.

Thyssenkrupp Steel wird in den nächsten drei Jahren eine weitere Feuerbeschichtungsanlage auf der Westfalenhütte bauen. Dafür wird ein niedriger dreistelliger Millionenbetrag investiert. Das ist eine gute Investition, die wichtige Industriearbeitsplätze in Dortmund sichert.

Auch wenn die Produktion heute überwiegend automatisiert abläuft und vom Computer aus gesteuert wird, ist es weiterhin ein harter und gefährlicher Job. Denn bei jeder Störung müssen die Arbeiter raus und die Störung von Hand beheben - und das in einem Umfeld, das von gefährlichen Werkstoffen, Hitze und Lärm geprägt ist.

Es war mir ein Anliegen, dass mein Besuch auf Augenhöhe geschieht. Ich wollte sehen, unter welchen Bedingungen die Menschen auf der Westfalenhütte arbeiten. Mir war der intensive Austausch mit den Kolleg*innen des Betriebsrats dabei sehr wichtig. Ich bin an dem Tag vielen netten Kolleg*innen begegnet. Und der Besuch zeigte mir, dass wir als SPD unsere Wurzeln - die Arbeiter*innen - nicht vergessen dürfen. Daher war mir auch der Besuch so wichtig.



Notfallversorgung des Hüttenhospitals für Dortmund wichtig

Ebenfalls während meiner Ostertour habe ich das Hüttenhospital in Hörde besucht. Das ehemalige Werkskrankenhaus von Hoesch wurde in den letzten Jahren von Grund auf modernisiert und zählt zu den angesehensten Krankenhäusern der Region. Und das, obwohl viele Expert*innen das Krankenhaus bereits totgesagt hatten. Aber der Phoenix kommt ja bekanntlich aus Hörde.

Nun steht das Hüttenhospital aber vor einer anderen Herausforderung. Es möchte weiterhin Teil der Notfallversorgung in Dortmund bleiben. Da es allerdings keine Chirurgie im Haus gibt, ist hierfür eine Sondergenehmigung des Landes notwendig.

Dennoch ist das Krankenhaus aktuell ein wichtiger Teil der Notfallversorgungsstrukturen in Dortmund. Ein Wegfall würde die Situation verschlechtern. Daher will ich mich dafür einsetzen, dass es nicht so weit kommt.



Landesregierung muss Kinderarmut stärker bekämpfen

Die Kinderarmut in Dortmund ist in den letzten Jahren stark gestiegen. Zu dem Ergebnis kommt die Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage, die ich gestellt hatte.

Lebte 2008 noch etwas mehr als jedes vierte Kind in Dortmund von Mindestsicherungsleistungen (26 Prozent der Unter-18-Jährigen), so stieg dieser Anteil bis Ende 2017 auf 31,6 Prozent. Damit lebt in Dortmund fast jedes dritte Kind von Arbeitslosengeld 2, Sozialhilfe oder Leistungen des Asylbewerberleistungsgesetzes.

Die Entwicklung ist dramatisch. Deutschland geht es so gut wie nie zuvor. Seit der Wiedervereinigung war die Arbeitslosenquote nie so niedrig wie heute. Aber der Wohlstand kommt bei den Jüngsten nicht an.

Meiner Meinung nach ist es an der Zeit, die Bekämpfung der Kinderarmut stärker anzupacken. Wir fordern als SPD die Einführung einer Kindergrundsicherung, die alle anderen



familienpolitischen Leistungen ersetzt. Es ist zum Beispiel unverständlich, wieso ein Spitzenmanager, der gar nicht darauf angewiesen ist, Kindergeld bekommt, während einem Arbeitslosengeld 2-Empfänger dies auf das Einkommen angerechnet wird.

Bei einer Kindergrundsicherung würden alle Familien mit Kindern einen Grundsicherungsbetrag erhalten, der das Existenzminimum des Kindes deckt, und in der Höhe steigt, je geringer das Familieneinkommen ist. Heute steht für die Kinder von Besserverdienenden mehr Geld zur Verfügung als für die von Ärmern. Besserverdienende profitieren vor allem vom Kinderfreibetrag bei der Steuer. Mit der Kindergrundsicherung würden vor allem Familien mit geringen und mittleren Einkommen besser gestellt. Dort, wo das Geld am nötigsten ist.

Auch von der Landesregierung wünsche ich mir mehr Engagement. Obwohl die Not in den betroffenen Familien steigt, hat die Landesregierung keine Anstrengungen betrieben, die Bekämpfung von Kinderarmut deutlich voranzutreiben. Es fließen landesweit gerade einmal 8 Millionen Euro pro Jahr in die Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung in Quartieren mit hoher Armut.

In der Arbeits- und Sozialministerkonferenz der Länder zählt Nordrhein-Westfalen zu den wenigen Ländern, die sich gegen die Einführung einer Kindergrundsicherung stemmen. Man wolle sich lieber alle denkbaren Modelle zur Bekämpfung von Kinderarmut offen halten, ohne näher zu erläutern, an welche Modelle man dabei denke.

Bei dem einst so gelobten Ansatz „Kein Kind zurücklassen“, in dessen Rahmen präventive Strukturen in der Sozial- und Familienpolitik gefördert wurden, gibt es unter Schwarz-Gelb ebenfalls Stillstand. Anstatt den Ansatz in allen Kommunen vom Modell zur Regel weiterzuentwickeln, beschränkt sich die Landesregierung darauf, das Programm in nur wenigen Kommunen nebenher weiterlaufen zu lassen.

Treffpunkte für Jugendliche gingen an den Start

Ende 2016 setzte die rot-grüne Landesregierung kurzfristig ein Programm auf, mit dem Städte Bewegungs- und Sportangebote, Begegnungs- und Lernorte für Kinder und Jugendliche in benachteiligten Stadtteilen schaffen konnten. Die Stadt Dortmund bewarb sich mit zwei Projekten erfolgreich für Fördermittel. Im April gingen nun beide an den Start.

In Bövinghausen gab es 15 Jahre lang keinen Kinder- und Jugendtreff mehr. Dank der Förderung des Landes in Höhe von 400.000 Euro - Stadt und Bezirksvertretung steuerten weitere 175.000 Euro hinzu - konnte nun auf dem Gelände der Freiligrath-Grundschule eine moderne und schicke Einrichtung an den Start gehen. Hier können Kinder und Jugendliche sich treffen, spielen und kreativ ausleben. Dank einer geräumigen Küche sind auch gesundes Kochen und Ernährungsworkshops möglich.

Nachdem es etwas Wirbel um den Standort für den YouPoint in Hörde gab, konnte dieser in den Osterferien nahe des Phoenix-Sees unter der B236 der Öffentlichkeit übergeben werden. Hierbei handelt es sich um einen Ort, an dem sich Jugendliche treffen können, ohne von den

Erwachsenen gestört zu werden. Es gibt eine Parcours-Anlage, ein öffentliches DJ-Mischpult, das mit Hilfe des eigenen Smartphones genutzt werden kann und eine Liegewiese (Chill-Out-Zone). Die beiden Projekte sind wichtig. Sie befinden sich in Stadtteilen, in denen die Armut von Kindern und Jugendlichen größer ist als andernorts. Damit erreichen sie diejenigen, die sich nicht regelmäßig kommerzielle Freizeit- und Beschäftigungsangebote leisten können.



HVD und AWO Westrich zu Besuch im Landtag

Der Humanistische Verband Dortmund-Ruhr-Lippe und der AWO-Ortsverein Westrich besuchten mich im April im Landtag. Nachdem die Gruppe die Plenarsitzung von der Zuschauertribüne aus verfolgt hatte, diskutierten wir über Wohnungsbaupolitik. Es wurde deutlich, dass wir eine Wohnungspolitik brauchen, die Mieten bezahlbar macht. Wir brauchen eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft und müssen städtische Wohnungsbaugesellschaften und Wohnungsbaugenossenschaften stärker fördern.



Im Wahlkreis unterwegs

Auch in den letzten Wochen war ich wieder im Wahlkreis unterwegs, um mich mit den Menschen auszutauschen und über meine Arbeit im Landtag zu berichten. Hier eine Liste meiner Termine:

„Papier ist geduldig? 70 Jahre Artikel 3 Absatz 2 Grundgesetz“ - Veranstaltung des NRW-Gleichstellungsministeriums zum Internationalen Frauentag, Verleihung des Gleichstellungspreis der Stadt Dortmund, Infostände zum Equal Pay Day in Benninghofen, Hombruch und Lütgendortmund, Demonstration zum Equal Pay Day, Jubilarehrung SPD OV Bittermark/Lücklemborg, Mitgliederversammlung Pro Dortmund e.V., Vortrag im SPD OV Zollern (Westrich/Bövinghausen) zum Gute-Kita-Gesetz, Regionalkonferenz AfA Westliches Westfalen, Premiere des Theaterstücks „Unsere Herzkammer. 150 Jahre SPD Dortmund“ im Dortmunder Schauspiel, Teilnahme an Aktionen des Bündnisses „Wir wollen wohnen!“, Redaktionsbesuche mit Thomas Kutschaty und Volkan Baran bei den Ruhr-Nachrichten und den Nordstadtbloggern, Eröffnung des Kinder- und Jugendtreffs in Bövinghausen, Infostand SPD SB Hombruch, NRW.Gespräch der SPD-Landtagsfraktion zum Thema „Bezahlbares Wohnen in Dortmund“, Teilnahme am Dortmunder Bündnis für mehr Personal im Gesundheitswesen, Tagespraktikum im Minna-Sattler-Seniorenzentrum der AWO Westliches Westfalen, Tagespraktikum in der Kindertagesstätte Nortkirchenstraße der AWO Dortmund, Besuch des Hüttenhospitals in Hörde, Gedenkveranstaltung des SPD OV Hörde Süd anlässlich der Karfreitagsmorde, Gedenkveranstaltung des Fördervereins Gedenkstätte Steinwache/Internationales Rombergpark-Komitee e.V. auf dem Internationalen Friedhof in Brackel, Heinrich-Czerkus-Lauf, Gedenkveranstaltung am Mahnmal in der Bittermark, SPD-Infostände in Lütgendortmund, Oespel und Hörde, Werksbesichtigung bei thyssenkrupp Steel auf der Westfalenhütte, Eröffnung des YouPoints in Hörde, Grußwort auf der Festveranstaltung „100 Jahre Frauen im SoVD“, Benefizabend der AWO Brackel/Neuasseln für das Kinderhospiz Sonnenherz, Verabschiedung der Diakonie-Geschäftsführerin Anne Rabenschlag, Maiempfang in Lütgendortmund, Teilnahme an DGB-Maidemo und Familienfest und Tag der offenen Tür beim Christlichen Jugenddorf Deutschlands in Kley.





